

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung

Zwischenbilanz über die Verwirklichung des Regierungsprogramms

der Koalition der Mitte

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bedauert die Beeinträchtigung des amerikanisch-deutschen Verhältnisses und des deutschen Ansehens in der ganzen Welt, die durch die Art und Weise der Vorbereitung des Besuches des Präsidenten der Vereinigten Staaten eingetreten ist und noch weiter droht. Die Verantwortung dafür trägt der Bundeskanzler. Sein Vorgehen hat nicht zu einem Ergebnis geführt, das dem besonderen Charakter des 8. Mai als Tag des Kriegsendes und der Befreiung Europas und unseres Volkes von der NS-Gewaltherrschaft in würdiger Weise Rechnung trägt. Die Aussöhnung zwischen den Opfern der NS-Gewaltherrschaft und unserem Volke, aber auch zwischen unserem Volke und den Völkern, die Europa und uns in einem blutigen Ringen von der Gewaltherrschaft Hitlers befreit haben, ist nicht gefördert, sondern beeinträchtigt worden.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß in das Programm nachträglich ein Besuch des Geländes eines ehemaligen Konzentrationslagers aufgenommen worden ist. Im Gedenken an die millionenfachen Opfer der NS-Gewaltherrschaft hätte das von Anfang an geschehen müssen. Die fortdauernde Erinnerung an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte und die Scham über das Geschehene ist die Voraussetzung jeder Versöhnung.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß im Rahmen des Besuches auch der gefallenen deutschen Soldaten gedacht werden soll. Die Erinnerung an den Tod derer, die von einem verbrecherischen Regime in einem Angriffskrieg mißbraucht worden sind, ist ebenfalls ein Bestandteil unserer Geschichte und ein Beitrag zur Versöhnung.

Die Last der deutschen Geschichte erfordert es jedoch, daß dem Eindruck, in dieses Gedenken werde die SS pauschal einbezogen, nicht Vorschub geleistet wird. Es ist wahr, daß junge Menschen seinerzeit auch gegen oder ohne ihren Willen zum Dienst in der

Waffen-SS herangezogen worden sind. Es ist ebenso wahr, daß viele ehemalige Waffen-SS-Angehörige heute den Abscheu über die Verbrechen teilen, die für immer mit dem Namen der SS verbunden sind. Das ändert aber nichts daran, daß die Waffen-SS an der Errichtung und Unterhaltung von Konzentrationslagern, an Folter und Mord und an Kriegsverbrechen beteiligt war.

Diese Unterscheidungen können von Deutschen nachvollzogen werden. Es bedeutet aber eine Überforderung, diese Unterscheidung auch den Opfern der SS, ihren Hinterbliebenen und den Völkern abzuverlangen, die unter dem SS-Terror gelitten oder ihn mit blutigen Opfern überwunden haben.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß dieser Gesichtspunkt bei den Vorschlägen für das Besuchsprogramm außer acht gelassen worden ist. Der dadurch bereits eingetretene Schaden kann durch eine bloße Änderung des Programms nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Der Deutsche Bundestag appelliert deshalb an den Bundeskanzler, den Ablauf des Besuches in einer Weise zu gestalten, die unserer Pflicht zur Erinnerung und Versöhnung, dem Respekt vor dem Leiden der Opfer und dem Empfinden des amerikanischen Volkes, der anderen betroffenen Völker und des deutschen Volkes in gleicher Weise entspricht.

Bonn, den 24. April 1985

Dr. Vogel und Fraktion